

Unabhängigkeitsverfassung zu verankern. Einen Ausweg aus dieser Zwickmühle sollte eine föderative Ausgestaltung der Verfassung von 1947 schaffen, obgleich eine föderalistische Tradition oder entsprechende konstitutionelle Erfahrungen aus der Vorkriegszeit fehlten. Paradoxe Weise war es nun die Unabhängigkeitsbewegung Aung Sans selbst, welche sich zum Promotor einer föderativen Einbindung der ethnischen Minderheiten entwickelte. Die britische Präsenz hatte nur noch begleitende Funktion, und die ethnischen Minderheiten verfolgten die Fürsprecherdienste der Kolonialmacht mit steigender Skepsis. Die administrative Zweiteilung der Provinz wurde aufgehoben und eine Angleichung der Verwaltungsstrukturen vollzogen. Die Verwaltungsbezirke wurden zu Gliedstaaten der Union, wobei die politischen im wesentlichen den ethnischen Grenzen folgten. Ein Zweikammerparlament sollte mit einer Deputierten- und einer Nationalitätenkammer die angemessene Berücksichtigung der Minderheiten auf Bundesebene gewährleisten.

Die Ermordung der Identifikationsfigur Aung San im Juli 1947 versetzte den Integrationsbemühungen noch vor der Unabhängigkeit einen schweren Schlag. Die abtretende Kolonialmacht konnte eine befriedigende Lösung der Ansprüche der Karen weder durchsetzen, noch unterstützte Großbritannien die Unabhängigkeitsbestrebungen für einen selbständigen Karen-Staat. Frustriert zogen sich die Karen in den bewaffneten Widerstand zurück. In den Jahren nach

1948 folgten weitere Nationalitäten diesem Beispiel. Der Föderalismus als improvisiertes Vehikel in die Unabhängigkeit Burmas war gescheitert.



Aung San (1914–1947), Führer der burmesischen Unabhängigkeitsbewegung

aus: W. Reinhard, Geschichte der europäischen Expansion, 1988, S. 184

Zwei Faktoren begünstigten diesen Fehlschlag. Einerseits hatten es die Briten in Burma versäumt, dem politischen System ein föderatives Fundament zu geben. Die Briten ermöglichten zwar den Minderheiten eine überproportionale Vertretung, verwehrten aber gleichzeitig der burmanischen Mehrheit den notwendigen politischen Gestaltungsspielraum, um das feine Spiel zwischen Zentralgewalt und Gliedstaatenkompetenzen auszuloten. Andererseits war die Teilung der

Provinz in zwei Verwaltungseinheiten nicht im Hinblick auf ein Zusammenwachsen, sondern mit dem Ziel einer Kontrolle durch das gängige *Teile und herrsche*-Prinzip angelegt worden.

Heute darf das koloniale Erbe im Bürgerkrieg Burmas jedoch nicht überbewertet werden. Eine entsprechende 'Schuldzuweisung' an die Kolonialmacht greift als Erklärung der aktuellen Situation entschieden zu kurz. Die zwischenethnischen Beziehungen in vorkolonialer Zeit, aber insbesondere die Entwicklungen in Burma seit 1948 sind prägender als das koloniale Intermezzo in der burmesischen Geschichte. Dort – und weniger in der kolonialen Vergangenheit – ist wohl auch der Schlüssel zur Lösung der heutigen Konfliktslage in Burma zu suchen.

Roland Bless

Der Verfasser ist Autor des Buches "Divide et impera?" – Britische Minderheitenpolitik in Burma 1917 – 1948, das 1990 in Stuttgart erschienen ist.

Literatur:

- Fistié Paul, La Birmanie où la quête de l'unité, Paris 1985.*
Lintner Bertil, Land of Jade – A Journey through Insurgent Burma, Edinburgh / Bangkok 1990.
Silverstein Josef, Burmese Politics – The Dilemma of National Unity, New Brunswick (N.J.) 1980.
Smith Martin, Burma – Insurgency and the Politics of Ethnicity, London 1991.
Steinberg David I., Burma – A Socialist Nation of Southeast Asia, Boulder (Colo.) 1982.

Burmas demokratische Opposition

Gemeinsame Ziele und Differenzen

In Burma leben mehr als 100 Völker. Seit langem herrschen bewaffnete Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Nationalitäten. Die Kolonialherrschaft habe diese Konflikte geschaffen, behaupten manche. Andere gehen davon aus, die Einführung des christlichen Glaubens während der Kolonialzeit habe diese Konflikte entscheidend verschärft. Einige sind wiederum überzeugt, daß die kolonialistische Taktik des *Teilens und Herrschens* zwischen den Völkern Spaltung, mehr Haß und mehr Konflikte erzeugt haben.

Tatsache ist, der Bürgerkrieg in Burma dauert seit 44 Jahren an und hat unzählige Menschenopfer gefordert. Bevor Burma am 4. Januar 1948 von Großbritannien unabhängig wurde, haben einige Völker Burmas am 12. Februar 1947 das Abkommen von Panglong unterschrieben, um ihre Zukunft gemeinsam zu bestimmen. Bei der Umsetzung der burmesischen Union wurde das Abkommen

jedoch nicht eingehalten. Dieser Bruch mündete in den Bürgerkrieg. In der Anfangsphase des Krieges haben einige Völker ihre Unabhängigkeit von Burma gefordert, andere haben für die Einhaltung des Panglong-Abkommens gekämpft.

Trotz ihrer anfänglich unterschiedlichen Forderungen haben ethnische Minderheiten im Laufe des Bürgerkrieges eine Einheit sowie gemeinsame Ziele herausgebildet.

In den 50er Jahren haben zuerst die linksorientierten Organisationen wie die *Burma Communist Party (BCP)* und Gruppen der Kachin, Kayin, Mon, Shan, Arakan und Wa den Dachverband *Peoples United Democratic Front of Burma (PUDF)* gegründet und für ihre gemeinsamen Ziele gekämpft. Ihr Einfluß auf Studenten, Studentinnen und andere Jugendliche läßt sich deutlich bis 1988 an den politischen Bewegungen ablesen. Dieser Verband hat heute Stützpunkte im

Grenzgebiet zwischen Burma und China.

Die demokratischen Kräfte der Völker Burmas haben erstmals 1975 ihre Einheit demonstriert, nämlich durch die Gründung der *Nationalen Demokratischen Front (NDF)*, deren erklärtes Ziel die Gründung einer Föderalen Republik Burma ist.

1988 begann eine landesweite Demokratiebewegung in Burma. Demokratische Kräfte haben ein Mehr-Parteien-System und Demokratie verlangt. Nach der Zerschlagung dieser Bewegung mußten tausende Studenten, Lehrer und Politiker verschiedener Volksgruppen Schutz in den Gebieten der nationalen Minderheiten suchen und haben dann von dort aus Widerstand gegen die Militärregierung geleistet. Im November 1988 haben sie zusammen mit anderen Organisationen den Dachverband *Demokratische Allianz Burmas (DAB)* gegründet, der ebenfalls auf die Gründung einer Föderalen Republik Burmas zielt.

Im Mai 1990 hat die Militärregierung Mehr-Parteien-Wahlen zugelassen, in der Hoffnung, daß eine ihnen nahestehende

hende Partei die Wahlen gewinnt. Doch die *Nationale Liga für Demokratie (NLD)*, die Partei Aung San Suu Kyis, hat mit einem überwältigenden Wahlsieg 82 Prozent der Parlamentssitze gewonnen. Trotz ihres überragenden Wahlsieges kann die NLD bis heute ihr Mandat nicht ausüben, da die Militärjunta nicht bereit ist, die Macht an die gewählten Parlamentarier zu übergeben. Im Gegenteil, der herrschende *Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC)* hat viele der gewählten Abgeordneten verhaftet oder verfolgt. Ende 1990 gelang es elf Parlamentariern nach Manerplaw, dem Stützpunkt der demokratischen Kräfte, zu entkommen. Dort haben sie die *Nationale Koalitionsregierung der Union von Burma (NCGUB)* als Gegenregierung gegründet. Inzwischen sind elf weitere Abgeordnete dazugestoßen.

Mitte 1992 haben die *Muong Tai Armee (MAT)*, der *Shan State Restoration Council* und das *Shan Peoples Representative Committee* mit einem Schreiben an die thailändische Regierung ihren Führungsanspruch im Shan-Staat angemeldet. Sie arbeiten mit keiner der anderen Organisationen der Völker Burmas zusammen und sind eindeutig nationalistisch, separatistisch orientiert.

Die Opposition im Untergrund läßt sich heute also in drei Gruppen einteilen: 1. die linksorientierte Opposition (PUDF); 2. die nationalistisch-orientierte Opposition (im Shan Staat); 3. die Opposition der demokratischen Kräfte mit dem Stützpunkt Manerplaw.

Im August 1992 hat Burma Projekt e.V. Berlin zusammen mit der Internationalen Liga für Menschenrechte und dem Komitee *Rettet Burmas Junge Demokratie* versucht, die Vertreter aller

Oppositionsgruppen und Vertreter des SLORC an einen Tisch zu bringen. Unserer Einladung sind Vertreter der NCGUB, der NLD (LA - Befreite Gebiete), der DAB, der *Karen National Union (KNU)*, der *All-Burma Students' Democratic Front (ABSDF)* sowie der *Muslim Liberation Organization of Burma* gefolgt und haben an unserem Seminar in Berlin teilgenommen. Dort hatten sie Gelegenheit, mit europäischen Burma-Gruppen ihre gemeinsamen Ziele und ihre Konflikte zu diskutieren.



Unter der Regierung Dr. Ba Maws (links) wird Burma am 1. August 1943 unabhängig von Japan
Fotoarchiv Burma Büro

Die Einheit der demokratischen Opposition wurde anhand von zwei Beispielen dargestellt: 1. Der Appell von Lissabon an die UNO, Staatsoberhäupter und befreundete Länder vom 27. Mai diesen Jahres (siehe Nachrichten), der von einer breiten Opposition unterzeichnet wurde. 2. Das Abkommen von Manerplaw vom 31. Juli 1992 (siehe Nachrichten), das von der NCGUB, DAB, NLD (LA) und NDF zur Bildung einer Föderalen Republik Burmas unterzeichnet wurde.

Differenzen bestanden vor allem in zwei Bereichen. Soll die Gegenregierung durch Hinzuwahl von Politikern nationaler Minderheiten erweitert werden, um Legitimität mit politischer Erfahrung und Reife zu ergänzen? Gegner des Vorschlags haben die Befürchtung, die NCGUB könne dadurch ihren Anspruch, die durch die Wahlen 1990 einzige legitime Regierung zu sein, verlieren. In diesem Zusammenhang wurden auch verschiedene Standpunkte über die Bildung eines Parlamentes in Manerplaw besprochen, eine Diskussion, die innerhalb der demokratischen Kräfte fortgesetzt wird.

Zu der Frage, ob eine Friedensinitiative politisch offensiv verfolgt werden soll, gab es zwei Stellungnahmen: 1. Einige der Politiker wären bereit, unter bestimmten Bedingungen, dem SLORC einen Friedensdialog anzubieten. 2. Andere stellten es als Prinzip der Opposition

dar, Bereitschaft zu einem Dialog zu zeigen, wenn der SLORC oder ein drittes Land als Vermittler eine Friedensinitiative unter akzeptablen Bedingungen vorbereitet. Von sich aus wollen sie nicht an den SLORC herantreten.

Burma Projekt e.V. Berlin hat mehrere Treffen der burmesischen Oppositionspolitiker mit deutschen Politikern verschiedener Parteien organisiert. Die Vertreter der demokratischen Opposition haben dabei folgende Wünsche dargelegt:

1. Ausschluß des SLORC aus der UNO

und Berufung der Nationalen Koalitionsregierung der Union von Burma durch die UNO

2. ein umfassendes Waffen- und Wirtschaftsembargo gegen Burma

3. Eine militärische Großoffensive gegen Manerplaw, dem Stützpunkt der demokratischen Kräfte, steht unmittelbar im November bevor. Die Internationale Gemeinschaft soll Präventivmaßnahmen gegen diese Offensive treffen und UNO-Blauhelme zur Rettung der Opfer bereitstellen, die durch die Offensive zu erwarten sind.

4. Soforthilfe und Maßnahmen gegen Umweltschäden (z.B. Waldvernichtung) und gegen Krankheiten (Aids, Malaria usw.) in Burma

5. Sofortmaßnahmen gegen den Heroinhandel, von dem die Militärs profitieren und ihre Waffenkäufe finanzieren

6. Hilfe für burmesische Flüchtlinge, rund 400.000 leben derzeit in Nachbarländern

7. Humanitäre Hilfe (Lebensmittel, Medikamente usw.) sowie politische Unterstützung (politische Bildung, Seminare usw.) für die demokratischen Kräfte Burmas.

Khin Maung Yin

Der Autor arbeitet im Burma Projekt e.V. Berlin mit.

- Anzeige -

MIKRO NESIEN

Missbrauchte Inseln im Pazifik

Pazifisches Klein-Amerika
USA-Kernwaffentests bis 1958
Kwajalein: Augapfel des Pentagon
Giftoinsel Johnston
Mikronesien - Spielball fremder Mächte

Eckart Garbe, 103 S. 25 Abb., 1991
ISBN: 3-928717-00-6, DM 11,80,
zu beziehen über den Buchhandel
oder bei der Pazifik-Informationsstelle
Postfach 68, 8806 Neuendettelsau